

Preisträgerinnen

Wir gratulieren
Carola Nacke,
Bärbel Zimmermann
und **Sabine Schilka**
als Trägerinnen des
Anna-Hirsch-Frauenpreis!

Links der Elbe

Nr. 120
April 2022

Zeitung des örtlichen Verbandes Heidenau-Dohna-Müglitztal der Partei **DIE LINKE**



Lutz Richter ist unser Landratskandidat

Am 5. März trafen sich Mitglieder des Kreisverbandes der LINKEN in den Parksälen in Dippoldiswalde zum Kreisparteitag, um den neuen Kreisvorstand und Delegierte zum Bundesparteitag und zur Landesseniorenkonferenz zu wählen.

Zum Kreisvorsitzenden wurde Lutz Richter wiedergewählt. Der Heidenauer Stadtrat Denis Skeries wurde in den Kreisvorstand gewählt. Zum Bundesparteitag vertreten Anja Oehm, Lisa Steinert, Jörg Mumme und Dr. André Hahn unsere Kreisorganisation. Regina Michael aus Heidenau vertritt uns bei der Landesseniorenkonferenz.

Die anschließende Kreiswahlversammlung bestätigte einstimmig Lutz Richter zum Kandidaten für die Landratswahl am 12. Juni. Alle Kandidaten stellten sich mit engagierten Reden den Teilnehmern, setzten sich mit den politischen Ansprüchen und der Situation der Partei auseinander. Das Engagement gegen den Krieg Russlands in der Ukraine spielte eine besondere Rolle.

Hans Beyer

Fantasie von übermorgen

Und als der nächste Krieg begann
da sagten die Frauen: Nein
und schlossen Bruder, Sohn und Mann
fest in der Wohnung ein.

Dann zogen sie in jedem Land
wohl vor des Hauptmanns Haus
und hielten Stöcke in der Hand
und holten die Kerls heraus

Sie legten jeden über's Knie
der diesen Krieg befahl:
die Herren der Bank und Industrie,
den Minister und General.

Da brach so mancher Stock entzwei
und manches Großmaul schwieg.
In allen Ländern gab's Geschrei,
doch nirgends gab es Krieg.

Die Frauen gingen dann wieder nach Haus
zu Bruder und Sohn und Mann
und sagten ihnen: der Krieg sei aus.

Die Männer startten zum Fenster hinaus
und sahen die Frauen nicht an...

Erich Fried

„Ansprechpartner für alle Menschen“

Am 12. Juni 2022 finden Landratswahlen in Sachsen statt und vielerorts zudem Bürgermeisterwahlen. Die bisherige Kandidatenlage hat die Notwendigkeit einer eigenen Kandidatur im sozialen, fortschrittlichen, politischen Lager aufgezeigt.

Sowohl vom amtierenden Landrat selbst, als auch von dessen bisherigen Herausforderern, muss erwartet werden, dass sie Zukunftsherausforderungen an eine moderne Region meistern können. Wir befinden uns aber seit Jahren in einem Krisenmodus und mit Beginn des Ukraine-Russland-Krieges, steht zu befürchten, dass auch unsere Region mit massiven sozialen Verwerfungen zu kämpfen haben wird. Darum braucht es künftig eine Person im Amt des Landrates, die nicht nur die Probleme verwaltet, sondern die mit einem eigenen Gestaltungsanspruch neue Perspektiven eröffnet. Mit der Kandidatur von Lutz Richter, erhalten Sie ein politisches Angebot, was Sie tatsächlich in Erwägung ziehen sollten. Für ihn geht es in unserer Region um die Verbindung eines fortschrittlichen und lebenswerten Landkreises mit Solidarität und sozialen Themen. Statt Frust will er wieder Mut säen und damit die Demokratie wieder stärken. In seiner Bewerbungsrede auf dem Kreisparteitag der LINKEN Sächsische Schweiz – Osterzgebirge hat er angekündigt, dass er im Falle der Wahl, Ansprechpartner für alle Menschen sein wird – unabhängig vom sozialen Status, der Herkunft oder anderen Eigenschaften. Er will sich an die Seite derer stellen, die viel zu oft keine Lobby und damit keine Stimme haben. Und, er kündigte an, der Landrat der hochgekrempten Ärmel zu sein! Es gilt den Beweis anzutreten, dass dieser Kreis zu einer Modernisierungsleistung in der Lage ist, welche die Potentiale der Region hebt und dabei niemanden zurücklässt. Also auf in einen spannenden Wahlkampf!

Persönliches: **Lutz Richter**

* 07.08.1974 in Pirna

Schule in Lohmen

Abitur in Pirna

Berufsausbildung Bürokaufmann

2014-2019 Mitglied des Sächsischen Landtags

seit 1999 Mitglied im Kreistag

derzeit Arbeit als Angestellter

Verheiratet, zwei schulpflichtige Kinder



Nein zum Krieg!

Nein zum Krieg! Der Redaktionsschluss meines letzten Newsletters des ROTEN HAHN (Ausgabe 108) war der 21. Februar. Dort wünschte ich, dass die „Kriegsrhetorik im Russland/Ukraine-Konflikt endlich aufhört“ und zitierte aus dem Gedicht von Jewgeni Jewtuschenko „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“. Seit dem 24. Februar haben wir nun leider doch wieder einen Krieg mitten in Europa. Ich bleibe dennoch bei meiner Auffassung, dass „die Russen“, dass die große Mehrheit der Menschen in Russland keinen Krieg wollen. Die mutigen Proteste gegen den Krieg auch in Russland selbst bestärken mich darin.

Der jetzt stattfindende Krieg hat ohne Zweifel eine lange Vorgeschichte: Ja, der Westen hat Russland insofern betrogen, als dass die NATO sich entgegen früherer Zusagen immer weiter nach Osten und schließlich bis an dessen Grenzen ausgedehnt hat. Leider war dies zu Zeiten von Gorbatschow im Zuge der deutschen Einheit auch nicht vertraglich fixiert worden. Deutsche Soldaten sind heute

im Baltikum stationiert, wo sie aus meiner Sicht nicht nur aus historischen Gründen nichts, aber auch gar nichts zu suchen haben. Immer wieder fanden auch großangelegte NATO-Manöver in unmittelbarer Nähe zu Russland statt, und ja, die von der ukrainischen Regierung angestrebte Aufnahme in die NATO wurde von den Regierenden in Moskau als ernsthafte Bedrohung ihrer Sicherheitsinteressen empfunden. Ich verstehe bis heute nicht, warum es keine verbindliche Vereinbarung gab, dass die Ukraine zumindest in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren definitiv nicht in die NATO aufgenommen wird. Das hätte die derzeitige Lage deutlich entspannen können.

Dennoch sage ich in aller Klarheit: Der militärische Überfall der Ukraine durch Russland ist auch aus meiner Sicht durch nichts zu rechtfertigen. Es ist ein Angriffskrieg, der entschieden verurteilt werden muss. Diese Position wird von allen Fraktionen im Bundestag und auch von der Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land getragen. Die zahlreichen Friedensdemonstrationen belegen dies auf eindrucksvolle Art und Weise. Auch DIE LINKE im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge war hier in den zurückliegenden Tagen als Initiator aktiv - so in Freital, Pirna und Dippoldiswalde. Wir meinen: Krieg kann nie eine Lösung für politische Konflikte sein, egal ob in Ex-Jugoslawien, in Mali oder in Afghanistan.

Deutliche Unterschiede gibt es bei den Fraktionen im Bundestag in der Bewertung der Ursachen, die zu diesem Krieg führten und vor allem zu der Frage, welche Maßnahmen zu einem Ende des Krieges und zu einem verlässlichen Frieden in Europa führen können. Die Ampel-Koalition hat gemeinsam mit der CDU/CSU in der Sondersitzung des Bundestages am Sonntag, dem 27. Februar, ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen. Einiges davon wird von der LINKEN unter-

stützt, das sieht man auch in dem Entschließungsantrag der LINKEN (Drs. 20/845). Trotzdem haben wir insbesondere nach der Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz mit NEIN gestimmt, denn in dem Paket ist ein milliardenschweres Programm zur Aufrüstung der Bundeswehr enthalten. 100 Milliarden in einem Sonderfond außerhalb der regulären Haushalte, was auch noch per Grundgesetzänderung verankert werden soll. Außerdem soll künftig das Ziel der NATO, dass jedes Mitgliedsland mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Rüstung ausgeben muss, auch bei uns umgesetzt werden. Dies würde noch einmal zusätzliche Ausgaben von 30 bis 40 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Das ist für uns völlig unannehmbar! Ich denke dabei unweigerlich an Karl Liebknecht, der am 2. Dezember 1914 als einziger Abgeordneter im Reichstag gegen die Bewilligung weiterer Kriegskredite stimmte, und bin der festen Überzeugung: Auch jetzt muss es wenigstens eine demokratische Partei im Bundestag geben, die sich der Aufrüstungspolitik entschieden entgegenstellt.

Der vom russischen Präsident Putin am 24. Februar begonnene Krieg gegen die Ukraine ist eine Zeitenwende, die von Kanzler Scholz angekündigte massive Militarisierung unseres Landes ist es leider ebenso. Umso dringender ist ein klares „NEIN ZUM KRIEG!“ durch die LINKE und alle friedliebenden Menschen.

Dr. André Hahn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zitiert

Michael Kretschmer (CDU)
bei MDR aktuell vom
01.03.2022



„...Wir werden für viele Jahre auf Gaslieferungen aus Russland angewiesen sein. Wir dürfen uns nicht in die Ecke drängen lassen von Ländern, die diese Abhängigkeit nicht haben, die andere wirtschaftlichen Interessen haben.“

Es ist auch richtig, weiter mit Russland zusammenzuarbeiten. Ein Russland, das nicht auf Europa angewiesen ist, das keine Handelskontakte haben muss, wird kein berechenbarer Partner sein.

Lassen Sie uns auch hier von den Argumenten und von der Art, wie wir miteinander umgehen, ein Stück weit abrüsten. Ein vernünftiges Verhältnis zu Russland ist wichtig.“

Anna-Hirsch-Frauenpreis 2022

DIE LINKE Sächsische Schweiz – Osterzgebirge lobte anlässlich des Frauentages 2022 zum zehnten Mal einen Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde zum zweiten Mal keine zentrale Auszeichnungsveranstaltung durchgeführt. Stattdessen wurden die Preise individuell übergeben.



Bärbel Zimmermann

Bärbel Zimmermann ist eine sehr bescheidene Person. Sie war eine der Ersten, die 2015 in der Flüchtlingshilfe aktiv wurde, sei es bei der Wohnungssuche, Deutschkursen, Arztbesuchen, dem Ausfüllen von Anträgen und Formularen oder die Vermittlung von Praktikums- und Arbeitsplätzen. Kein Aufwand war ihr zu viel, ihr war es wichtig die Menschen zu integrieren, Hilfe anzubieten und ihnen Mitgefühl entgegen zu bringen. Fast jede Woche hat sie das Flüchtlingscafé in Schmiedeberg organisiert und den dort ankommenden Flüchtlingen nicht nur Kuchen und Tee angeboten. Sie hat ihre Geschichten gehört, Trost gespendet und nach Lösungen für ihre Probleme gesucht. Bärbel Zimmermann sammelt u.a. Spenden oder organisiert Ausflüge für obdachlose Menschen. In der Weihnachtszeit packt sie Geschenke

und sammelt Spenden für die Paketaktion für Rumänien. Aktuell sammelt sie Spenden für Menschen, die auf Grund des Krieges in der Ukraine ihre Heimat verlassen müssen. Die Worte Nächstenliebe, Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft sind für Bärbel Zimmermann eine Selbstverständlichkeit. All dies hat sie ehrenamtlich geleistet trotz Überstunden und Mehrarbeit in der Corona Zeit, denn sie ist Krankenschwester und auch das mit Herz und Verstand.

Laudatio: **Ines Eckstein** (Preisträgerin 2021) und Oberarzt **Dr. Markus Schütz** (Chefarzt Medizinische Klinik Dippoldiswalde)



Carola Nacke

Carola Nacke ist eine bescheidene, kämpferische und bodenständige Frau, die sich seit über 30 Jahren für die Rechte von behinderten

Menschen einsetzt und um Gleichberechtigung und Anerkennung kämpft. Sie hat bis 1997 ehrenamtlich im Behindertenfahrdienst gearbeitet und war als Haupt- und Bezirkspersonalrätin tätig. Carola Nacke ist in zahlreichen Netzwerken, Arbeitsgruppen, Ausschüssen unterwegs und kennt die Kämpfe um Pflegegeld, Therapien und Einstufungen. Im Landeselternrat kümmert sie sich um das Thema Inklusion und ist berufene Sachverständige und Beraterin für den Doppelausschuss FKE/FÖS. Seit vier Jahren kümmert sie sich um eine Gruppe von 20 Senior*innen der Volkssolidarität in der Pirnaer Altstadt, das monatliche Treffen, Tagesfahrten und in der Corona Zeit die wöchentliche Telefonseelsorge beinhaltet. Sie geht für sie auch einkaufen oder holt bei Ärzt*innen Rezepte ab und löst sie ein. Carola Nacke ist zudem Mitglied in der Seniorenvertretung der Stadt Pirna und im Netzwerk „Pflegerische Angehörige“ aktiv. Sie gehört zu den Gründungspersonen der Bürgerinitiative „Breite Straße“ die sich für sicheren Übergang für Jung und Alt eingesetzt hat. Als einzige Ostdeutsche gehört sie zu den neun Kläger*innen, die beim Bundesverfassungsgericht gegen das „Triagegesetz“ geklagt haben und für die Gleichsetzung von Behinderten, Senior*innen und chronisch Kranken stritten.

Laudatio: **Sören Pellmann** (Bundestagsabgeordneter der Linken)





Link
zur Preisverleihung:
<https://gleft.de/4HE>

Sabine Schilka

Seit 1990 ist Dr. med. Sabine Schilka Mitglied des Altenberger Stadtrates und war bis 2014 auch Fraktionsvorsitzende der Fraktion „DIE LINKE“ im Stadtrat Altenberg. Das Amt der ehrenamtlichen stellvertretenden Bürgermeisterin von Altenberg übt sie seit 2014 mit hoher Anerkennung ihrer Person aus. Sie ist auf Grund dieser Ämter immer für die Menschen in Altenberg und ihren Ortsteilen eine verlässliche Person, bei Sorgen, Fragen, Problemen und Wünschen.

In den Kreistag Sächsische Schweiz – Ostergebirge wurde sie das erste Mal 2009 gewählt und ist bis heute Mitglied des Kreistages. Sie ist seit dieser Zeit auch stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion „DIE LINKE“ im Kreistag. Im Aufsichtsrat der Rennschlitten- und Bobbahn Altenberg sitzt Sabine Schilka seit ca. 12 Jahren. Auch innerparteilich ist Sabine Schilka seit vielen Jahren aktiv dabei, seit 2000 gehört sie dem Kreisvorstand an und war für zwei Jahre Mitglied Bundesvorstandes der Partei „DIE LINKE“. Seit 2015 hilft sie bei der Integration von Flüchtlingen setzt sich für Andere dort ein, wo ihre Hilfe, ihr Sachverstand und ihr Herz gebraucht werden.

Laudatio: **Edith Post**

(Stadträtin der Linken in Dippoldiswalde)

Schwarzfahren wider Willen

Als Autofahrer bin ich maximal zweimal im Jahr gezwungen, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. So war es auch dieses Jahr im Februar.

Gegen 22.00 Uhr wollte ich vom Bahnhof Heidenau – Nord mit dem Bus nach Dresden fahren. In meinem Glauben einen Fahrkartenautomaten an diesem Verkehrsknotenpunkt zu finden, wurde ich enttäuscht. Es fehlte auch ein Hinweisschild, wo vielleicht einer sein könnte. Aber nichts.

Der Busfahrer teilte mir mit, dass er auf Grund der Corona-Bestimmungen keine Fahrkarten mehr verkaufen kann.

Ich durfte trotzdem mitfahren, da um diese Zeit meistens keine Kontrollen mehr durchgeführt werden. Prima, denn das Risiko blieb ja trotzdem.



Beim nächsten Fahrkartenautomaten bin ich schnell raus aus dem Bus und habe mir noch für den Rest der Fahrt einen Fahrschein geholt.

Jedenfalls ist alles gut gegangen.

Warum gibt es an diesem zentralen Punkt keine Möglichkeit zum Fahrkartenkauf?

Warum muss man für eine Haltestelle – Bahnhof bis Käthe-Kollwitz-Strasse – eine Tarifzone, sprich 2,50 Euro bezahlen, nur weil die Endhaltestelle außerhalb von Dresden liegt?

Ich erwarte, dass die Stadt Heidenau in Zusammenarbeit mit dem VVO Verkehrsverband Oberelbe eine bürgerfreundliche Lösung dafür findet.

Eurer **Yasi**

Leiden wird das Volk

Bis zum 22. Februar hielt ich Wladimir Putin für einen cleveren Machtpolitiker, der die Interessen des russischen Kapitals vertritt. Wie viele andere habe ich mich getäuscht und bin entsprechend enttäuscht.

Der Einmarsch in die Ukraine und der Krieg gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Völkerrechtswidrig ist er sowieso. Ich bleibe dabei: Russland hat überhaupt keine Interesse in die Ukraine einzumarschieren und Krieg zu führen. Die russische Führung handelt auch gegen ihre eigenen Interessen und gegen die ihres eigenen Volkes sowieso. Die Begründungen, die Präsident Putin für die von ihm als „militärische Sonderaktion“ bezeichnete Aggression genannt hat eignen sich alle nicht als Rechtfertigung. Viele Fakten daraus mögen ja stimmen. Die Nachkriegsgrenzen von 1945 müssen unantastbar bleiben, egal wie sie im Verlauf der Geschichte vorher waren.

Falscher Faschismus-Begriff

Ja, es hat nach dem Maidan-Putsch von 2014 Pogrome gegen Ukrainer russischer Nationalität gegeben. Das als Genozid zu bezeichnen ist jedoch stark übertrieben. Dass es in der ukrainischen Führung Korruption gibt (nicht nur in Russland) und sie aus militanten Nationalisten unterstützt von Faschisten besteht und Faschisten im Lande gewähren lässt, berechtigt niemanden, aus dem Ausland diesen Zustand zu ändern. Die Regierung, die ja nicht nur aus Präsident Wolodimir Selenski besteht, als faschistisch zu bezeichnen, ist jedoch eine maßlose Übertreibung.

Die unzulässige Einmischung trifft allerdings auch auf den Regimewechsel von 2014 zu, den die USA und NATO-Staaten mit über 5 Mrd. Dollar finanziert und organisiert haben und seitdem weitere Milli-

arden in das Regime pumpen. So wie in vielen anderen Ländern vorher schon geschehen. Laut Bundeskanzler Scholz sind allein seit 2014 bereits 1,5 Mrd. Euro Steuergelder in die Ukraine gepumpt worden um die wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes von Russland durch eine Abhängigkeit vom Westen zu ersetzen.

Die Separatistenrepubliken im Donbass (Donezk und Lugansk) sind ja ursprünglich aufgrund der russophoben Pogromstimmung nach dem Maidan-Putsch 2014 entstanden. Das fand und finde ich zwar falsch, aber nachvollziehbar. Ich kann die Lage dort aber nicht wirklich einschätzen. Dass Russland diese sogenannten Volksrepubliken anerkannt hat, hätte ich ja noch verstanden, obwohl auch das schon gegen Völkerrecht verstößt. Sogar die völkerrechtswidrige Entsendung von Truppen in diese Gebiete zum Schutz vor der am 18. Januar begonnenen Offensive der ukrainischen Armee zur Rückeroberung dieser Gebiete hätte ich noch nachvollziehen können. Wann jemals haben sich die USA und die NATO-Staaten jemals um das Völkerrecht geschert, wenn es um ihre eigenen vielen Kriegshandlungen ging?

Kommunisten gegen Überfall

Übrigens haben die russischen Kommunisten dieses Vorgehen im Donbass schon länger gefordert und letztlich in der russischen Duma unterstützt, verurteilen aber den Überfall auf die Ukraine als Ganzes uneingeschränkt. Den Überfall auf einen souveränen Staat – egal wie er beschaffen ist

– kann auch ich nur verurteilen. Woher nur wusste US-Präsident Biden schon lange vorher, was im Kopf von Wladimir Putin vorgeht und welche politischen Interessen Russlands er vertritt, noch bevor Putin es selbst wusste? Kann es sein, dass Biden mit dem Ablehnen aller Verhandlungen Russland so in die Enge getrieben hat, dass es in die Falle tappen musste, so wie die Sowjetunion schon in Afghanistan in die Falle getappt ist, die ihr die USA gestellt hat? Ich weiß es nicht, denn ich kann in beide Köpfe nicht hineinschauen.

Was ich außerdem Präsident Putin übel nehme ist die Veränderung der Weltordnung, die sich ergeben wird egal wie der Krieg in der Ukraine ausgeht. Die NATO geht stärker hervor. Sie hat jetzt ein plausibles Feindbild und kann jetzt die Rüstungsausgaben ohne großen Widerstand explodieren lassen und Russland noch mehr einkreisen. Genau das Gegenteil von dem, was Putin zu Recht erreichen wollte.

Dass die Rüstungsausgaben jetzt schon (Stand 2020) 18 Mal so hoch sind wie in Russland (1107,6 zu 61,7 Mrd. US-Dollar, davon allein Deutschland 59 Mrd.) hat dann niemanden mehr zu interessieren. Den USA wird es gelingen, Deutschland und die EU fester an ihre Kette zu legen. Zum Beispiel wurde die fertiggestellte Gaspipeline Nord Stream 2 ja gebaut um die regelmäßigen Erpressungsversuche der Ukraine und auch Polens für die Durchleitung des russischen Erdgases zu unterbinden und den Transit deutlich billiger zu machen. Mit der fadenscheinigen Begründung, Deutschland und



andere europäischen Länder wären mittels der Gaspipeline durch Russland erpressbar, erpresst uns die USA zur Abnahme ihres dreckigen und teuren Frackinggases. Wer aber zwingt z.B. Deutschland zur Abnahme einer großen Menge Gases durch diese Pipeline außer der wirtschaftlichen Vernunft? Diese Erpressung durch die USA funktioniert jetzt einwandfrei. Schon gehen die Planungen für die dafür nötigen Flüssiggasterminals los. Geld spielt dabei keine Rolle – unser aller Steuergeld.

Rüstungsorgie beginnt

Schlimmer noch ist die Rüstungsorgie, die schon begonnen hat und letztlich von den USA gefordert wurde. Der Kriegshaushalt Deutschlands soll nun schlagartig von 46,9 Mrd. 2021 (hier in Euro) auf über 70 Mrd. steigen. Als ob damit irgendein Krieg zu gewinnen wäre! Ist doch letztlich egal, ob die Militärausgaben das 18fache oder 27fache von Russland betragen. Dazu noch ein Sonderfonds zur Sofortfinanzierung von 100 Mrd. Wieviel könnte man dafür in Bildung, Digitalisierung und Wohnungsbau investieren!

Leiden wird das Volk

Katastrophal ist auch die plötzliche Lieferung von Waffen in das Kriegsgebiet Ukraine, nachdem das Deutschland vorher zu Recht abgelehnt hat. Es wird den Ukrainern helfen, den russischen Invasoren mehr Verluste zuzufügen und die eigenen Opferzahlen zu steigern, die russische Überlegenheit aber nicht brechen. Auf 100.000 Tote mehr oder weniger scheint es aber Bundeskanzler Scholz nicht anzukommen, Hauptsache Russland wird geschadet. Wer sich dagegen auflehnt wird verbal geächtet wie einst Karl Liebknecht als er im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hat. Dafür sollte man Olaf Scholz und Lars Klingbeil aus der SPD ausschließen und nicht Ex-Kanzler Gerhard Schröder, nur weil der das Säbelrasseln der Ukraine vor dem Überfall als Säbelrasseln der Ukraine bezeichnet hat. Ausschlussgründe hat Schröder während seiner Amtszeit als Bundeskanzler schon genug geliefert, z.B. im Jugoslawienkrieg. Leiden wird durch diesen Krieg vor allem das russische Volk, egal wie er ausgeht. Die Sanktionen zeigen

durchaus schon Wirkung. Allerdings sind diese Sanktionen nicht durchdacht, denn sie schaden letztlich genauso den deutschen Bürgerinnen und Bürgern. Die Kriegsfolgen werden den Völkern noch mehr schaden. Besorgniserregend auch die ersten Anzeichen von Russenfeindlichkeit nur wegen der Nationalität, als hätte das russische Volk jemals Krieg gewollt. Kauft nicht beim Russen – so ähnlich klang das schon einmal unter Hitler.

Kriegsverbrecher verurteilen

Letztlich Schaden nimmt auch das russische Finanzkapital. Westkonzerne werden sich um die Aufteilung russischen Vermögens kloppen. Eine Monopolare Weltordnung droht (China habe ich nicht vergessen, aber das führt hier zu weit). Wie oben gesagt, Putin habe ich für einen cleveren Machtpolitiker gehalten und wurde enttäuscht. Er gehört genauso vom internationalen Gerichtshof verurteilt wie vor ihm schon Clinton, Bush und Obama.

Wolf Gommert

(Stand 6. März 2022)

Namen von Straßen und Plätzen:

Herta Lindner

Auch in dieser Nummer soll es nicht um einen Straßennamen, sondern um einen Gedenkstein gehen, um einen ebenfalls vergessenen Stein, er steht auf dem Rasen vor der Goethe-Oberschule in Heidenau.

Herta Lindner wurde am 3. November 1920 in Maria-schein/Bohosudov geboren. Sie kam aus einer Bergarbeiterfamilie und trat mit neun Jahren in die sozialistische Kinderorganisation „Falken“ ein. Schon 1937 war sie Mitbegründerin und Vorsitzende der Ortsgruppe des „Deutschen Jugendbundes“, der an Stelle des verbotenen Kommunistischen Jugendverbandes gegründet wurde. Die Mitglieder der Gruppe traten für die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen in ihrer böhmischen Heimat ein. 1938 musste sie untertauchen und arbeitete ab 1939 in Dresden als Verkäuferin. Um die kranke Mutter zu unterstützen, ging sie 1941 nach Turn bei Teplitz (heute Teplice-Trnovany), wo sie Arbeit in einem Lebensmittelgeschäft fand. In diesem Jahr war die Bergsteigerin Herta oft mit den „Lindenbrüdern Hohenstein“ auf Wander- und Klettertouren. Dieser Kletterklub war 1940 gegründet worden. Im November 1941 wurde Herta, wie auch ihr Vater, verhaftet. Nach einem Jahr Untersuchungshaft in Most, wurden beide nach Berlin gebracht. Am 27. November wurden sie und mehrere Mitangeklagte wegen Herstellung und Weitergabe von Schriften, „Feindbegünstigung und organisatorischer Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt.

Am 29. März 1943 wurde Herta Lindner in Berlin-Plötzensee hingerichtet. 14 Tage nach ihrem Tod wurde auch ihr Vater hingerichtet.

In der DDR trugen Brigaden den Namen Herta Lindner, ein Trawler wurde nach ihr benannt, in Dresden gibt es seit 1962 in der Wilsdruffer Vorstadt die Hertha-Lindner-Straße (allerdings falsch geschrieben) und in Großharthau erhielten die Hausschuhwerke und deren Berufsschule ihren Namen. Im Werkgelände soll sich noch ein Gedenkstein befinden. In Bohosudov steht eine Büste von Herta Lindner (pomník Herty Lindnerove).

Und in Heidenau? Auf Initiative der damaligen Pionierleiterin wurde Anfang der siebziger Jahre der noch heute vor der Goethe-Schule befindliche Stein aufgestellt. Inwieweit es später Ehrungen für Herta Lindner



gab, konnte ich nicht in Erfahrung bringen. Die Schulchronik scheint in den „Wirren der Wende“ verloren gegangen zu sein. Wir kennen ja die Bilderstürmerei nach der sogenannten Wende auch von der Bruno-Gleißberg-Schule, wo das Gemälde der von den Nazis verhafteten SPD-Abgeordneten Marie Maska entfernt wurde. Marie Otto-Maska hatte als letzte der in Freiheit befindlichen Stadtverordneten im Rumpf-Stadtrat von Heidenau eine Protesterklärung verlesen.

Den Gedenkstein für Herta Lindner könnte man heute im Vorbeigehen für einen Findling halten, der aus dekorativen Gründen auf dem Rasen steht. Mit viel Fantasie ist noch der Name Herta Lindner auf dem unansehnlichen Stein zu lesen.

Vor einiger Zeit wurde der Stein für Fritz Gumpert erneuert und erhielt einen anderen Platz. Vielleicht lässt sich auch der Stein an der Goethe-Schule restaurieren?

Auf der nächsten Stadtratssitzung wollen die Räte der Linken eine Anfrage zum Gedenkstein für Alwin Höntzsch stellen, der ja nach dem Brand im ehemaligen Mafa-Gelände eine Sicherung erfahren musste. Dann hätte die Stadt zu gegebener Zeit Anlass, gleich zwei Gedenksteine wiederherzustellen.

Regina Michael

im März 2022

(Quellen: Wikipedia / Gespräche mit Heidenauer Bürgern)

Mahngang Täterspuren

Seit einigen Jahren nehmen wir am Mahngang „Täterspuren“ teil. In diesem Jahr gab es einige coronabedingte Einschränkungen, sechs feste Stationen und alles auch im Lifestream. Wir sehen solche Gänge, für die immer von den Organisatoren sehr akribisch recherchiert wurde, als wichtigen Bestandteil des Gedenkens am 13. Februar.

Noch bis zu seiner Niederlage verbreitete das NS-Regime den Mythos von der Zerstörung einer unschuldigen Kulturstadt. Auch in der DDR waren vorrangig die „anglo-amerikanischen Bombenangriffe“ der Haupttenor dieses Gedenktages. Die Trauer der Überlebenden der Bombennächte griffen um die Zeit der Jahrtausendwende die Neonazis mit ihren „Trauermärschen“ und Parolen von einem „Bombenholocaust“ auf. Für Tausende Nazis ein Anlass, nach Dresden zu fahren. Für viele Gegner dieses Gedankengutes aber auch ein Anlass für Gegendemonstrationen, um das Geschichtsbild gerade zu rücken und den auswärtigen Besuchern ein anderes Dresden zu zeigen. Da ein Großteil von ihnen junge Leute waren, blieb es allerdings nicht aus, dass linksradikale Hitzköpfe anti-deutsche Plakate mit sich führten und oft auch die direkte Konfrontation mit den Neonazis suchten. Natürlich gab es auch noch das offizielle Gedenken auf dem Heidefriedhof, an der Frauenkirche und anderen Orten, und es gab die Menschenkette.

Besonders wirksam aber, weil sich tiefer mit den Hintergründen der Geschichte und den wahren Schuldigen an Krieg und Elend befassend, finden wir die Mahngänge.

In diesem Jahr standen im Mittelpunkt die Frauen und die Rollenbilder im Nationalsozialismus. Von der Pfotenhauer- bis zur Mathildenstraße wurden sechs Stationen angelaufen. Moderiert von Margot Gaitzsch von den Dresdner Linken, lasen auf einem Lautsprecherwagen Dresdner Schauspieler informierende Texte zu den ausgewählten Stätten NS-Wirkens in Dresden. Dazu gehörten das

passten. Weitere Stationen waren die Knabenschule „Horst Wessel“ in der Gerokstraße und die Mädchenschule in der Marschnerstraße. Der NS-Richter und sächsische Justizminister Otto Georg Thierack war wesentlich an der Gleichschaltung in der Justiz beteiligt. Dazu gehörte auch, Frauen aus juristischen Berufen zu drängen. Das Schicksal einer Juristin wurde für die Teilnehmer des Mahngangs an der letzten Station veranschaulicht. Es gibt noch genügend Themen, die der Aufarbeitung der Nazizeit in Dresden harren. Dazu gehört auch ein Vorhaben der TU



Reichsmutterhaus der Schwesternschaft, Ausbildungsstätte für Gemeindeschwestern oder der Sportplatz am ehemaligen Hindenburg-Ufer, einer von vielen Orten nationalsozialistischer Wehrerziehung. Am Trinitatisfriedhof wurden wir erinnert an das Schicksal von Menschen, die nicht in das binäre Mann-Frau-Verständnis der Nazis

Dresden. Die Rektorin, die auch die Verantwortung für die Organisation der Menschenkette trägt, kündigte ein Vorhaben an, das die Untersuchung der NS-Geschichte der Technischen Universität Dresden zum Ziel hat.

Fam. Michael
im Februar 2022

Ausbrechen

aus dem parlamentarischen
Protokoll, wenn nötig
- ohne die dauerhaften
Aufgaben zu vergessen



Erst die Pandemie, jetzt Krieg in der Ukraine. Wir alle bewegen uns im Dauer-Krisenmodus. Das hinterlässt Spuren. Dieser Krieg hinterlässt Spuren und er lässt niemanden kalt. Wir reden über Krieg in Europa. Es braucht nicht viele Worte, um auszudrücken, was das in uns allen auslöst. Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch die letzte Illusion zerstört, dass die Friedensordnung in ganz Europa garantiert wäre. Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Denn Krieg ist keine Lösung, war es noch nie. Krieg ist aber immer eine menschliche Katastrophe. Umso wichtiger und umso berührender sind die unzähligen Hilfsaktionen und Proteste überall auf der Welt. Vor allem in Russland selbst, wo tausende Menschen auf die Straßen gehen, in dem Wissen darum, dass sie verhaftet werden können. In dem Wissen darum, dass sie das in dem Land tun, dessen Präsident den Krieg begann. Das ist unglaublich mutig.

Außerhalb des Protokolls

Genauso mutig sind aber auch die vielen Menschen in Sachsen, die sich mit Hilfsgütern auf den Weg in Richtung polnisch-ukrainische Grenze machen. Auch wir Abgeordnete tun gerade alles dafür, um zu helfen - wir organisieren

Unterstützung, spenden, sammeln Spenden ein, sind bei Friedensaktionen dabei und fahren zum Teil selbst an die Grenze. Ganz aktuell sind wir also vor allem außerhalb des parlamentarischen Protokolls unterwegs.

Hilfe für Kriegsoffer

Gleichzeitig machen wir aber auch Druck, auf die Regierung, auf den Ministerpräsidenten. Deshalb hat die Linksfraktion im Sächsischen Landtag zusammen mit dem Landesvorstand der LINKEN Sachsen eine gemeinsame Erklärung rausgegeben und zum demokratischen Widerstand aufgerufen sowie zur Hilfe für alle Kriegsoffer. Es ist ganz entscheidend, dass die Hilfe, aber auch der Druck jetzt nicht nachlässt. Das sind wir allen Europäerinnen und Europäern schuldig.

Verstärkte Energiekrisen

Das gilt auch für eine andere Krise, die, unabhängig von der Pandemie, auch durch den Krieg in der Ukraine noch einmal verstärkt zu Tage tritt. Das ist die Energiekrise. Egal, wie man zu Russlandsanktionen steht, welche die Staatsspitze treffen sollen - sie dürfen möglichst niemals die breite Zivilbevölkerung treffen. Und wenn doch, braucht es Entlastungsmaßnahmen. Nicht erst seit der Eskalation des Russland-Ukrai-

ne-Konflikts steigen die Energiepreise drastisch, aber die Befürchtung, dass es nun noch schlimmer wird, ist berechtigt. Deshalb fordern wir als Linksfraktion seit einem halben Jahr ein Sofortprogramm „Energie darf nicht zum Luxusgut werden“.

Niedriglöhne in Sachsen

Ein weiteres Dauerproblem: In Sachsen schuftet ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten für einen Niedriglohn. Die Explosion der Energiepreise trifft die ärmeren Bevölkerungsschichten besonders hart, ihnen fehlen Alternativen - denn sie bestimmen nicht die Art, wie ihre Wohnung geheizt wird, sie können keine effizienteren Geräte kaufen oder das Auto stehen lassen. Es geht nicht an, dass Menschen kaum ihre Familie ernähren, ihre Wohnung nicht heizen und ihr Auto volltanken können - selbst dann nicht, wenn sie vierzig Stunden pro Woche und mehr ackern. Deshalb bleiben wir dabei: die Energiewende ist nur dann erfolgreich, wenn sie sozial gerecht ist. Es gibt also einiges zu klären. Jetzt aber gilt es erst einmal, den Menschen in und aus der Ukraine zu helfen. Für ein friedliches Europa.

Antje Feiks

Mitglied des Sächsischen Landtags
DIE LINKE

Aus dem Kreistag

Ich möchte aus der letzten **Kreistagssitzung vom 07.02.2022** berichten.

Als erstes möchte ich ein paar Worte zum Haushalt verlieren, anders als es in der Sächsischen Zeitung vom 18.02.2022 dargestellt wurde, sind die Anträge zum Haushalt von CDU und FDP mit wechselnden Mehrheiten angenommen oder abgelehnt worden.

Denn wir als Fraktion DIE LINKE im Kreistag haben eigen Änderungsanträge zum Haushalt gestellt und wenn von wechselnden Mehrheiten gesprochen wurde, waren wir das Zünglein an der Waage. Wenn sich unsere Anträge inhaltlich mit den Anträgen von CDU und FDP nahe waren, haben wir mit diesen Parteien natürlich dafür gestimmt, wenn aber sich die Anträge weit auseinander bewegten haben wir natürlich nicht unsere Stimme dafür hergegeben. Zum Schluss hat die Fraktion DIE LNKE sich aber beim Beschluss zum Haushalt enthalten. Für uns ist der Haushalt

sehr intransparent und nicht mehr nachvollziehbar, aber wir wollten nicht, dass durch unsere Ablehnung der Haushalt womöglich nicht beschlossen werden wird, darum die Enthaltung. Somit können Vereine und Verbände weiter Ihre Arbeit zum Wohle der Gesellschaft fortführen.

Nun möchte ich noch etwas über den **„Tumult“ im Kreistag** sagen.

Die AfD hat einen Antrag zu einem Vermarktungstag im Landkreis SOE eingebracht, doch die Verwaltung hat in Ihrer Begründung darauf hingewiesen, dass es mehrere Veranstaltungen bereits gibt, indem ansässige Unternehmen Ihre Produkte anbieten können. Nun hat aber der Herr Mende von der AfD gemeint, er müsste bei Einbringen des Antrages nur Kritik an der Begründung der Verwaltung anbringen, leider war dann am Ende seine Redezeit von drei Minuten zu Ende. Auch nach mehrmaligen Aufforderungen durch den Landrat beendete er seine Rede, die im Prinzip nur

aus Vorwürfen bestand und nichts Konstruktives beinhaltete, nicht. Darauf unterbrach der Landrat die Sitzung und die meisten Kreisräte verließen den Saal. Nach einer kurzen Pause wurde die Sitzung fortgesetzt.

Zum Abschluss möchte ich noch mein großes Erschrecken geben, das die **Kreistagssitzung unter massiven Polizeischutz** abgehalten werden musste.

Hier habe ich als ehrenamtlicher Kreisrat sehr große Bedenken wie weit es mit unserer Demokratie gekommen ist und kann nur an alle appellieren, sich in konstruktiven Gesprächen einem friedlichen Dialog wieder anzunehmen. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Polizeibeamtinnen und Beamten bedanken, die mit Ihrem Einsatz unsere Demokratie beschützen und Recht und Ordnung durchsetzen. Danke.

Steffen Wolf

Kreisrat DIE LINKE

Aus dem Stadtrat Dohna

In den letzten Wochen bestimmten insbesondere die Themen Haushalt sowie mehrere aufzustellende Bebauungspläne und der IPO die Beratungen. Nicht zuletzt findet am 12.06.2022 die Bürgermeisterwahl statt.

Die Haushaltplanung kommt dieses Jahr recht gut voran, Überraschungen und große Streitpunkte gab es nicht. Insbesondere mussten zur Deckung des laufenden Verwaltungsbetriebes keine Erhöhungen von Abgaben ins Gespräch gebracht werden. Problematisch

ist nach wie vor der hohe Sanierungsstau an kommunalen Gebäuden. Hier zeichnen sich kaum Lösungsmöglichkeiten ab. Die Haushaltssatzung der Stadt Dohna wird daher wahrscheinlich am 16.03.2022 beschlossen.

Um die weitere städtische Entwicklung in Dohna voranzubringen, ist die Erstellung weiterer Bebauungspläne erforderlich. Insbesondere das Areal um den Markt mit seinem historischen Gepräge gilt es besonders zu wahren. Hier engagiert sich unser Fraktionsmitglied

der Grünen, Herr Klingner, ganz besonders.

Dass Herr Dr. Müller, der amtierende Bürgermeister, sich nochmals zur Wahl stellt, dürfte sich herumgesprochen haben. Die Freien Wähler wollen mit einer eigenen Kandidatin das Rathaus erobern. Der Name ist noch nicht bekannt, wir sind gespannt. Wir werden keinen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken.

Jörg Fritzsche

Stadtrat DIE LINKE Dohna

Roter Baum auch in unserem Kreis

Seit Januar 2020 unterhält der Verein Roter Baum eigene Räumlichkeiten in Pirna. Der Träger der bisher insbesondere in Dresden und seit einigen Jahren auch in Berlin aktiv ist, möchte auch verstärkt im Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge tätig werden.

Der Rote Baum ist ein gemeinnütziger Jugendverein, Verband und anerkannter freier Träger der Jugendhilfe. Er wurde 1993 in Dresden gegründet und betätigt sich mittlerweile überregional. Der Rote Baum arbeitet wertermittelnd und anhand eines umfangreichen Bildungskonzeptes. Er lebt vom dauerhaften Engagement Jugendlicher und junger Erwachsener, dabei werden viele Projekte ehrenamtlich getragen. Bekannt ist er insbesondere in Dresden



für die Durchführung von Jugendweihen und seine vielfältigen Kinderferienfreizeiten. In der Landeshauptstadt ist er aber auch Betreiber eines Jugendhauses, leistet in verschiedenen Stadtteilen Jugendsozialarbeit und ist zuständig für die Schulsozialarbeit an vier Schulen. Zudem arbeitet ein engagiertes Team im Bereich politische Bildung.

Schwerpunkt der gesamten Arbeit ist der erleichterte Zugang aller Kinder zu den Angeboten, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Im „Wertekanon“ des Trägers heißt es daher auch „Wir sind uns bewusst, dass jeder Mensch wertvoll ist und die Chance haben muss, sich un-

abhängig von seiner ethnischen, sozialen und kulturellen Herkunft selbst zu verwirklichen. Deshalb begegnen wir jedem Menschen mit Respekt und Neugier. [...] Wir wissen, dass diese Gesellschaft vielen Menschen ihre natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen entzieht und kämpfen aus diesem Grund aktiv gegen bestehende Ungerechtigkeiten.“

In Pirna wurde nun ein Schritt gemacht und ein Ehrenamtszentrum eröffnet. Es gibt interessierten Menschen die Möglichkeit kreativ tätig zu werden und ehrenamtliche Aufgaben zu planen. Schon in diesem Jahr können Kinder im Sommer mit in die Ferienlagerangebote fahren. Gleiches gilt für junge Menschen, die Lust und Laune haben als Ferienlagerbetreuer/in aktiv zu werden. Neugierig geworden: www.rotor-baum.de

Ab dem kommenden Schuljahr soll es auch eigene Jugendweihen-Angebote für den Bereich Sächsische Schweiz geben. Ansonsten besteht immer die Möglichkeit sich bei uns auf eine Limonade oder einen Kaffee zu verabreden, um zu schauen, ob es Ideen gibt, die wir gemeinsam umsetzen können. Bitte be-

achten Sie, dass die Räumlichkeiten in Pirna ein Ehrenamtszentrum sind und wir im Moment keine regelmäßigen Öffnungszeiten gewährleisten können.

<https://rotor-baum.de/pirna-saechs-schweiz>

Lutz Richter

Impressum

Links der Elbe
Zeitung des örtlichen Verbandes
Heidenau-Dohna-Müglitztal der
Partei DIE LINKE
Herausgeber: DIE LINKE.
örtlicher Verband Heidenau-Dohna-
Müglitztal

Redaktion
Steffen Wolf, Wiesenstraße 3,
01809 Heidenau,
Peter Mildner, Güterbahnhofstr. 26,
01809 Heidenau
(peter.mildner@onlinehome.de)

Für den Inhalt der Artikel sind die Autoren verantwortlich. Die Redaktion behält sich vor, sinnwahrende Veränderungen vorzunehmen.
Fotos: privat

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert. Empfohlene Spende pro Zeitung 1,00 €

DIE LINKE SOE
Volksbank Pirna e.G.
IBAN: DE75850600001000932345
BIC: GENODEF1PR2
Kennwort: Links der Elbe Heidenau

Redaktionsschluss März 2022